

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Masterplan Industrie**

Das Land Bremen ist ein herausragender Hafen- und Industriestandort. In der bundesweit sechstgrößten Industriestadt Bremen hat das verarbeitende Gewerbe größeres Gewicht als in manchen Teilen des Ruhrgebiets. Eine entsprechend zentrale Bedeutung haben Luft- und Raumfahrt, Auto-, Schiff- und Anlagenbau, Umwelttechnik und Stahlindustrie, Nahrungs-, Genuss- und Futtermittelindustrie für die Arbeitsmärkte in Bremen und Bremerhaven. Diese starke industrielle Basis ist als Auftraggeber nicht zuletzt unverzichtbar für Existenzgründungen sowie kleine und mittlere Unternehmen einschließlich des Handwerks.

Anders als in den Jahren der Werft- und Stahlkrisen angenommen, hat die – auch traditionelle – industrielle Basis den wirtschaftlichen Wandel nicht nur überstanden, sondern sich als ein unverzichtbarer Impulsgeber des Strukturwandels erwiesen. Der Wettbewerbsdruck der Globalisierung forcierte im industriellen Sektor erhebliche Material-, Produkt- und Verfahrensinnovationen, die neben und in Kooperation mit dem Wissenschaftssektor die Wissensbasis für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft darstellen.

Bremer und Bremerhavener Industriebetriebe stehen vielfach für Hochtechnologie und international gefragte Produkte. Sie sind sowohl Imageträger als auch tragende Säulen der Wirtschaftskraft des Landes Bremen. In Struktur- und Wirtschaftspolitik muss die Industrie ihrer quantitativ und qualitativ zentralen Bedeutung entsprechend beachtet und gestützt werden. Bestandspflege ist wie die Akquisition neuer Firmen ein unverzichtbares Instrument zur Schaffung von Exzellenz und innovativen Arbeitsplätzen und damit ein Erfolgsfaktor für die (wirtschaftliche) Zukunftssicherung des Landes Bremen.

Die Definition einer Modellregion Luft- und Raumfahrt einschließlich der Ansiedlung des DLR-Instituts für Raumfahrtssysteme ist in diesem Sinne vorbildlich. Für die anderen industriellen Bereiche Bremens und Bremerhavens müssen nun ebenfalls perspektivische und langfristig tragende Strategien entwickelt werden. Aktive Industriepolitik muss integraler Bestandteil der Landespolitik sowie der Entwicklung der Metropolregion sein und die Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zum Wohle des Landes optimieren.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung eines starken, erfolgreichen und innovativen industriellen Sektors für die Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen und fordert den Senat auf, aktive Industriepolitik zu einem der Bedeutung dieses Sektors für das Land Bremen entsprechenden Bestandteil der Wirtschaftspolitik und -förderung zu entwickeln.
2. Der Senat wird gebeten, innerhalb von sechs Monaten nach dieser Beschlussfassung in einem „Masterplan Industrie“ eine tragfähige Gesamtstrategie für den industriellen Sektor zu erarbeiten. Für die Erstellung der industriepolitischen Zielsetzungen sind alle relevanten Aspekte der Gewerbeflächen-, Stadtentwicklungs- und Verkehrs-, Umwelt- und Energie-, Investitions- und Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie standortspezifische Rahmenbedingungen und regionale Vernetzung (Metropolregion) zu berücksichtigen. Der Masterplan

soll in diesem Sinne integrativ Ausgangslage und Zielsetzungen, Handlungsbedarf und -strategien sowie Bedeutung und Entwicklungspotenziale der Bremer und Bremerhavener Industrie für die Landes- und Regionalentwicklung bis 2015 darlegen. Besonderes Gewicht ist dabei auf Beschäftigungswirkungen zu legen.

3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) auf Basis des Masterplans einmal jährlich über die erfolgten Umsetzungsschritte und die am Arbeitsmarkt und den übrigen unter Punkt 2 genannten Bereichen eingetretenen Wirkungen zu berichten. Dabei sollen neben Erfolgen auch mögliche Probleme und gegebenenfalls für erforderlich erachtete Justierungen identifiziert und hierfür konkrete Lösungsvorschläge aufgezeigt werden.

Max Liess,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Klaus Möhle,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen